

## **Steuerstrategie 2030: KGV SO fordert ausgewogene Entlastungen für KMU und Unternehmen**

Medienmitteilung vom 20. Mai 2026

**Die heute vom Regierungsrat präsentierte Steuerstrategie 2030 ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Standortattraktivität des Kantons. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGV SO) begrüsst deshalb die Senkung der Einkommenssteuer. Für den Verband bleiben jedoch noch Fragen zur Umsetzung der Steuerstrategie offen. Insbesondere darf sie nicht zulasten der Familienunternehmen ausfallen.**

Die Steuerbelastung trägt wesentlich zur Standortattraktivität eines Kantons bei. Es ist unbestritten, dass die überdurchschnittlich hohen Einkommenssteuern unseren Kanton belasten. Wir begrüssen es, dass der Regierungsrat diesen Standortnachteil aktiv beseitigen will. Im Wettbewerb um Fachkräfte profitiert die Wirtschaft von guten Rahmenbedingungen und attraktiveren Steuerbedingungen für die natürlichen Personen.

### **Höhere Vermögenssteuern belasten familiengeführte KMU**

Ausgeglichen sollen die tieferen Einkommenssteuern durch höhere Vermögenssteuern und einer Erhöhung der Katasterwerte werden. Dabei darf nicht vergessen gehen, dass Familienunternehmen oftmals über hohe gebundene Unternehmenswerte (z.B. Immobilien oder Maschinen) verfügen. Höhere Vermögenssteuern können deshalb familiengeführte KMU gefährden, da die Familie die benötigten liquiden Mittel gar nicht aufbringen kann. Ein Grossteil der KMU sind zudem Einzelfirmen, welche nach den Tarifstufen der Natürlichen Personen besteuert werden. Sie versteuern ihre Liegenschaften nach dem Katasterwert und sind von der Erhöhung der Katasterwerte betroffen.

### **Steuerentlastungen für Unternehmen**

Damit die Steuerstrategie 2030 tatsächlich zur verabschiedeten Standortstrategie 2030 beiträgt, braucht es aus Sicht des KGV SO eine ausgewogene Umsetzung für natürliche und juristische Personen ohne zusätzliche Belastungen für KMU und Familienunternehmen.

Der KGV SO vermisst in der Steuerstrategie 2030 konkrete Perspektiven für die juristischen Personen. Gerade im Hinblick auf die Standortattraktivität des Kantons besteht auch bei den Unternehmenssteuern weiterhin Handlungsbedarf. Der KGV SO wird die Auswirkungen der Steuerstrategie 2030 sorgfältig analysieren und den weiteren politischen Prozess kritisch begleiten. Ziel bleibt es, sich im Interesse der Gewerbebetriebe, der KMU und des Wirtschaftsstandorts Solothurn konsequent für attraktive Steuern und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen einzusetzen. Für den Verband ist klar: Die Steuerstrategie 2030 darf nicht zulasten der KMU und Familienunternehmen ausfallen. Sie bilden das Rückgrat der Solothurner Wirtschaft.

### **Weitere Auskünfte erteilt:**

Sarah Koch, Geschäftsführerin  
032 624 46 24